Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Briefträger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Bezugspreis: Die Zehngespaltene Millimeterzeile 25 Pfennige, zweispaltige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Aufträge nur gegen Vorauszahlung, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 24 — Sonnabend, den 24. Oktober 1931 — 26. Jahrgang

Laval in Amerika

Freundlicher Empfang

Landung in Neuyork

Neuyork, 22. Okt. Der französische Ministerpräsident Laval hat den Dampfer „Isle de France", der um 8 Uhr morgens im hiesigen Hafen eingetroffen war, um 9¼ Uhr (15¼ Uhr M.E.Z.) verlassen und sich an Land begeben.

11 Kanonenschüsse

Neuyork, 22. Okt. Die Landung des französischen Ministerpräsidenten Laval wurde von einer beträchtlichen Menge erwartet. Nicht nur auf den Straßen, sondern auch von Laternen und Fenstern der Hochhäuser aus wollten Tausende das Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten beobachten.

Auf dem Broadway hatten Militär- und Marineabteilungen mit Musikkapelle an der Spitze sich zur Parade aufgestellt. Staatssekretär Stimson hatte sich zur offiziellen Begrüßung am Landungssteg eingefunden. Die Vorbeifahrt des Bootes an Governors Island wurde mit elf Kanonenschüssen aufgenommen.

Die Begrüßung

Neuyork, 22. Okt. Nach der Landung am Battery Place wurde Laval unter begeisterten Zurufen der tausendköpfigen Menge nach der City Hall geleitet, wo er von Bürgermeister Walker namens der Stadt Neuyork feierlichst bewillkommnet wurde. Laval führte in französischer Antwortrede aus, er komme von einem Lande, das entschlossen sei, mit Amerika zur Wiederherstellung der Prosperität zusammenzuarbeiten. Eine schwere Krise sei hereingebrochen, die die Entwicklung Amerikas und der anderen Länder unterbrochen habe. In einer vom Zweifel zerrissenen Welt müßten die beiden großen Demokratien zusammen Methoden suchen und anwenden, die die Ruhe und das Gleichgewicht wiederherstellen werden. Frankreich war tief gerührt, als Präsident Hoover mich zu einem Besuch einlud. Er erkannte, daß diese Geste nicht nur der Ausdruck der alten erprobten Freundschaft zwischen unseren großen Demokratien war, sondern daß die amerikanische Regierung sich an Frankreich gewandt hat, weil es inmitten der weiterverbreiteten Störungen unberührt geblieben ist. Mit voller Zuversicht möchte ich dem amerikanischen Volk gegenübertreten. Ich kenne seinen Enthusiasmus und weiß, daß es großmütiger Impulse fähig ist. Es wird, wenn nötig, dem Rufe Folge leisten, welcher von der alten Welt kommen kann. Laval erklärte zum Schluß: Ich spreche im Namen eines Landes, das entschlossen ist, seine Anstrengungen mit den Ihrigen zu verbinden, um Gefahren abzuwehren, die unsere Zivilisation bedrohen.

Laval ist heute mittag 11.22 Uhr nach Washington weitergefahren.

Besprechungen zwischen Laval und Stimson

Neuyork, 22. Okt. Staatssekretär Stimson begleitete den Ministerpräsidenten Laval auf seiner Fahrt im Sonderzug nach Washington. Sofort nach seiner Abfahrt begann eine Besprechung der beiden Staatsmänner über die bevorstehenden Unterredungen mit Hoover. Laval soll erklärt haben, daß er gründlich über die Tatsachen vorbereitet sei, aber kein festes Programm und keine bestimmten Vorschläge mitbringe. In Gesprächen mit Pressevertretern erklärte Laval: „Wir erwarten nicht, alle uns vorliegenden Probleme lösen zu können, aber wir werden in den Besprechungen alle Fragen, denen Amerika und Frankreich gegenüberstehen, berühren. Ich bin festen Glaubens, daß beide Länder aus den Besprechungen zwischen Hoover und mir Gewinn ziehen werden."

London erwartet von Lavals Amerikareise Regelung der Kriegsschuldenfrage

London, 22. Okt. Zu dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval in Amerika wird in maßgebenden britischen Kreisen bemerkt, die Vereinigten Staaten und Frankreich seien davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Großbritannien von den in Washington geführten Besprechungen einen endgültigen Fortschritt in der Regelung der alles beherrschenden Kriegsschuldenfrage erwarte. Es wird nicht verheimlicht, daß man eine Lösung des Kriegsschuldenproblems durch Herabsetzung der Schulden oder durch deren Streichung anderen Maßnahmen, wie etwa einer Verlängerung des Hoover-Jahres, weit vorziehen würde. Man glaubt, daß der britische Botschafter in Washington sowohl den Vertretern Amerikas wie den Vertretern Frankreichs gegenüber zum Ausdruck bringen werde, daß nach Ansicht der britischen Regierung jede Verzögerung in den Maßnahmen zur Beseitigung der Krise eine unheilvolle Auswirkung haben werde.

Die Finanzlage der Gemeinden

Berlin, 22. Oktober. Zu den kürzlich von den kommunalen Spitzenverbänden der Presse gemachten Mitteilungen über die Entwickelung der Finanzlage in den Gemeinden, deren Wiedergabe nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums in einem Teil der Presse ein gutes Bild gibt, wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß man auf keinen Fall behaupten könne, die Hilfe des Reiches für die Gemeinden sei ein Schlag ins Wasser gewesen, wenn das Reich den Gemeinden insgesamt 230 Millionen Mark bereit stellt, um die Wohlfahrtserwerbslosen in den Gemeinden zu unterstützen. Man könne auch nicht sagen, daß diese Unterstützung auf der anderen Seite durch neue Belastungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung wieder wettgemacht werde. Für diese neu entstehenden Lasten und für die ausfallenden Länderüberweisungen sind den Gemeinden andererseits die wie bisher aus der Hauszinssteuer entnommenen Beträge für den Wohnungsbau freigestellt worden.

Bei der gegenwärtigen angespannten Lage unserer Finanzen kann nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums auch auf keinen Fall davon gesprochen werden, daß alle Sparmöglichkeiten erschöpft seien. Es werden sich zweifellos bei eingehender Nachprüfung noch weitere Möglichkeiten für Sparmaßnahmen finden lassen.

Die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden

Berlin, 22. Oktober. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind die Ermittlungen über die Berechnung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand noch nicht zum Abschluß gekommen. Besonders schwierig ist die Errechnung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Nach den bisherigen Schätzungen beträgt die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden einschließlich der kurzfristigen Kassenkredite 1,5—1,7 Milliarden RM.

Mißtrauensanträge gegen das preußische Kabinett abgelehnt

Berlin, 22. Oktober. Der preußische Landtag lehnte in seiner heutigen Plenarsitzung den deutschnationalen und den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 236 Stimmen der Regierungsparteien gegen 195 Stimmen der Opposition ab.

Keine Auflösung des bayerischen Landtags

München, 22. Oktober. Die der heutigen Landtagssitzung vorliegenden Anträge veranlaßten eine stundenlange heftige Debatte, die sich bis in die Nachtstunden hinzog. Die Redner der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten forderten in leidenschaftlichen Worten die Auflösung des Landtags. Die Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten auf Auflösung des Landtages wurden mit 94 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Zwei Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei hatten sich der Stimme enthalten. Ebenfalls in namentlicher Abstimmung wurde über den Initiativgesetzentwurf der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, des Bauernbundes und der Deutschen Volkspartei, in dem es u. a. heißt, daß der Landtag zu Recht besteht, entschieden. Dieser Entwurf fand mit 96 gegen 20 Stimmen Annahme.

Der Antrag der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der feststellen will, daß der Landtag mit nur 113 Mitgliedern nicht mehr der Verfassung entspreche und daher aufzulösen sei, verfiel der Ablehnung.

Wirtschaftspartei und Reichstagsabstimmungen

Berlin, 22. Oktober. Von der Wirtschaftspartei wird dem Nachrichtenbureau des VDZ. geschrieben: Die Verhandlungen der Wirtschaftspartei mit der nationalen Opposition und dem Reichskanzler sowie die Abstimmung im Reichstage haben selbstverständlich auch in den Mitgliederkreisen der Wirtschaftspartei zu einer Aussprache geführt. Diese gab nunmehr einen Teil der Presse Veranlassung, bestimmte Kombinationen über das Ergebnis dieser Aussprache aufzustellen und zu verbreiten. Meldungen über angebliche Auflösungen von Ortsgruppen werden in tendenziöser Form veröffentlicht, um den Anschein zu erwecken, als sei die Organisation der Wirtschaftspartei in voller Auflösung begriffen. Dem gegenüber ist jedoch festzustellen, daß, soweit bisher die Wahlkreisorganisationen der Partei Stellung genommen haben, sie einmütig der Parteileitung und der Reichstagsfraktion ihr Vertrauen ausgesprochen und die Haltung der Fraktion im Reichstage ebenso einmütig gebilligt haben. Die Wahlkreise Westfalen-Nord und -Süd, Pommern, Berlin, Weser-Ems, Südhannover-Braunschweig haben bisher Wahlkreis-Konferenzen abgehalten und einmütige Vertrauenserklärungen abgegeben. Ebenso verhält es sich mit den Meldungen über angebliche Austritte von Ortsgruppen. Weder sind die Ortsgruppen Wesel und Hamburg ausgeschieden, noch hat die Letztere ihren Anschluß an eine andere Partei erklärt. Sie hat im Gegenteil ebenfalls eine Vertrauenserklärung für die Fraktion abgegeben. Die Ortsgruppe Wesel hat bisher überhaupt noch keine Stellung genommen. Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß die Reichstagsfraktion ihre Haltung durch materielle Zusagen der für mittelständlerische Kreditinstitutionen, hat beeinflussen lassen. Reichsregierung, insbesondere von der Zusage größerer Kredite

Wirtschaftspartei in Thüringen billigt die Haltung der Reichstagsfraktion

Erfurt, 22. Oktober. Der thüringische Wahlkreis der Wirtschaftspartei beschäftigte sich in einer am Donnerstagabend abgehaltenen Sitzung eingehend mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning. Nachdem der Führer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Mollath, in einem einstündigen Referat den Entschluß der Reichstagsfraktion, für die Regierung Brüning zu stimmen, begründet hatte, wurde als Ergebnis einer langen Aussprache eine Entschließung gefaßt, in der der Wahlkreis Thüringen der Wirtschaftspartei feststellt, daß die Reichstagsfraktion das Vaterland über die Partei gestellt hat, indem sie durch ihren Mut in ernster Stunde und in vollem Bewußtsein der parteipolitischen Nachteile eine geschlossene Abstimmung herbeigeführt habe in der Ueberzeugung, daß durch ihr Opfer zwar anscheinend die Regierung Brüning, in Wirklichkeit aber die Zukunft der nationalen Front gerettet werden konnte.

Grandi wird auch vom Reichspräsidenten empfangen

Berlin, 22. Okt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird der italienische Außenminister Grandi, der am Sonntag in Berlin eintreffen wird, voraussichtlich am Montag vom Reichspräsidenten empfangen werden. Der Reichskanzler wird am Sonntagabend zu Ehren des italienischen Gastes ein Festbankett veranstalten. Am Montagabend ist ein Empfang in der italienischen Botschaft vorgesehen.

Scheitern der Verhandlungen über den Reichsbahn-Lohnvertrag

Berlin, 22. Okt. Die Lohnverhandlungen, die heute zwischen der Reichsbahnhauptverwaltung und den am Reichsbahnlohnvertrag beteiligten Gewerkschaften geführt wurden, haben nicht zu einer Einigung geführt. Die Reichsbahnhauptverwaltung wird nunmehr den Reichsarbeitsminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersuchen.

Der Völkerbundsrat zum mandschurischen Konflikt

Eine Entschließung

Genf, 22. Oktober. Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag in öffentlicher Sitzung nochmals zu dem japanisch-chinesischen Konflikt Stellung genommen. Der Ratsvorsitzende Briand legte dem Rat eine Entschließung vor, die vorher mit sämtlichen Ratsmitgliedern mit Ausnahme der Vertreter Chinas und Japans vereinbart worden war. Die Resolution erinnert in ihrem ersten Teil an die Verpflichtungen, die Japan und China in der einstimmig angenommenen Entschließung des Rates vom 30. September d. J. auf sich genommen hätten. In der Ueberzeugung, heißt es sodann in der neuen Entschließung weiter, daß die Ausführung dieser Versicherungen und Verpflichtungen wesentlich ist für die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen den beiden Parteien, fordert der Rat die japanische Regierung auf, sofort mit der Räumung zu beginnen und sie progressiv fortzusetzen, damit der völlige Rückzug bis zur nächsten Ratstagung vollzogen werden kann. Der Rat fordert die chinesische Regierung auf, im Hinblick auf die Wiederinbesitznahme des geräumten Gebietes alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des Lebens der japanischen Staatsangehörigen, die dort wohnen, und den Schutz ihres Eigentums sicherzustellen. Er fordert im übrigen die chinesische Regierung auf, den Behörden, die sie mit dieser Maßnahme beauftragt, Vertreter anderer Staaten beizuordnen, damit diese die Ausführung der Maßnahmen, um die es sich handelt, verfolgen können. Der Rat empfiehlt der chinesischen und japanischen Regierung, sofort Vertreter für die Regelung der Einzelheiten der Räumung und der Wiederinbesitznahme zu bezeichnen, damit diese Operationen ohne Verzögerung sich vollziehen können. Der Rat empfiehlt der chinesischen und japanischen Regierung, nach vollzogener Räumung direkte Verhandlungen über alle zwischen ihnen schwebenden Fragen aufzunehmen, insbesondere über die Fragen, die aus den letzten Ereignissen hervorgehen und die sich auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der mandschurischen Bahn beziehen. Zu diesem Zweck gibt der Rat den beiden Regierungen die Anregung, eine Schlichtungskommission oder ein ähnliches ständiges Organ einzusetzen. Der Rat beschließt, sich bis zum 16. November zu vertagen. Er wird an diesem Tage eine neue Prüfung der Lage vornehmen. Der Ratspräsident wird aber ermächtigt, den Rat zu einem früheren Datum einzuberufen, wenn er es für zweckmäßig hält.

Im Laufe der heutigen Beratungen erklärten die Vertreter Japans und Chinas übereinstimmend, daß sie heute noch nicht